Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M.; die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M.; abzüglich 5% Krisenrabatt. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M. **Einzelnummer 10 R.-Pf.**, außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden
Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 231 × Sonnabend, 1. Oktober 1932 40. Jahrgang

Neurath über seine Eindrücke in Genf

Englischer Vorstoß für deutsche Gleichberechtigung – Verordnung eines Burgfriedens nicht beabsichtigt – Der Abschluß der Tagung des Vereins für Sozialpolitik

„Wir warten ab"

VDZ. **Berlin**, 30. September. (Eig. Drahtbericht)

Reichsaußenminister v. Neurath, der am Mittwoch aus Genf nach Berlin zurückgekehrt ist, machte heute vor der Presse Ausführungen über die Lage der Außenpolitik, wie sie sich nach den Genfer Völkerbundsverhandlungen darstellt. Der Minister schilderte zunächst seine Tätigkeit (die unsre Leser aus unsern ausführlichen Berichten ja kennen — d. Red.). Dabei war besonders interessant, daß Neurath die Reorganisation der obersten Leitung des Sekretariats des Völkerbundes mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten auch innerhalb des Sekretariats als besonders wichtig bezeichnete. Dann kam der Minister auf

seine Besprechungen in Genf.

„Im Vordergrund dieser Besprechungen", führte er dazu aus, „stand natürlich die Abrüstungsfrage. Ueber den Verlauf unsres Kampfes um die Gleichberechtigung ist so viel geschrieben worden, daß ja kaum etwas Neues zu sagen ist. Wir haben schon vor der Abrüstung und während der Konferenz wiederholt mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, daß wir uns nur an einem allgemeinen Abrüstungsabkommen beteiligen können, das für uns in gleicher Weise wie für die andern Staaten gilt. Ein solches Abkommen muß die einseitige Diskriminierung Deutschlands auf dem Wehrgebiet beendigen." Neurath schilderte dann die Geschichte der Gleichberechtigungsforderung und fuhr fort: „In Genf hatte ich nun Gelegenheit, mit dem englischen Außenminister Simon, dem italienischen Vertreter Aloisi und dem englischen Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson sowie mit andern Vertretern diese Fragen zu besprechen.

Simon habe ich meine Meinung zur Abrüstungsnote auf unser Memorandum vom 29. August nicht verhehlt und habe ihm klar gesagt, daß wir seine juristischen Deduktionen nicht anerkennen können.

Ihm und den andern Vertretern der Mächte habe ich keinen Zweifel darüber gelassen, daß ohne einwandfreie Beantwortung der Frage der Gleichberechtigung unsre Wiederbeteiligung an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht in Frage kommen kann. Die Besprechungen mit dem italienischen Vertreter haben ergeben, daß in Italien großes Verständnis für unsre Forderungen besteht. Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat natürlich in erster Linie das Bestreben, die Abrüstungskonferenz vor einem Mißerfolg zu retten. Er hat sich in anerkennenswerter Weise bemüht, eine Verständigung herbeizuführen. Leider ist nicht anzunehmen, daß er damit Erfolg haben wird."

Der Minister kam dann auf das Memorandum Hendersons zu sprechen.

„Diese Erklärung", sagte er, „bringt uns auch nichts Neues. Es heißt allerdings darin, Teil V des Versailler Vertrages werde in die internationale Abrüstung aufgenommen. Das ist noch weniger, als in der Note Simons steht. Eine etwas andre Formel hatte Henderson mir auch persönlich schon mitgeteilt. Ich habe sie aber sofort abgelehnt. Herr Henderson ist außerordentlich optimistisch in der Idee, daß er eine Verständigung herbeiführen könnte. Aber

wenn er seinen Optimismus auf diese Erklärung begründet, dann wird nicht viel damit zu erreichen sein.

Was nun Herrn Herriot angeht, so bin ich einem Gespräch mit ihm selbstverständlich nicht ausgewichen. Wenn er mir etwas zu sagen gehabt hätte, so wußte er, daß ich ihm zur Verfügung stand. Ich habe ihn dies auch wissen lassen. Als ich von Genf abreiste, ohne die Rede Herriots, die entgegen seinem ursprünglichen Plan gestern mittag doch gehalten wurde, anzuhören, war mir von seiten der französischen Delegation mitgeteilt worden, daß Herriot nicht zum Abrüstungsproblem sprechen wolle. Es lag also für mich auch kein Grund vor, diese Rede in der Völkerbundsversammlung anzuhören. Inzwischen habe ich allerdings gesehen, daß die Rede insofern nicht diese Versicherung bestätigt hat, als Herriot zum Ausdruck brachte, daß Frankreich erneut diplomatische Verhandlungen ablehne. Wie Sie selbst wissen, war meine Anwesenheit in Berlin notwendig geworden durch Besprechungen im Kabinett; das habe ich schon Ende der letzten Woche auch in Genf bekanntgegeben. Bei dieser Sachlage, nachdem die Besprechungen in Genf zu keinem irgendwie nennenswerten Ergebnis geführt haben,

liegt es nun an den andern, uns Angebote zu machen.

Etwas Neues haben wir vorerst nicht zu sagen. Was wir wollen, ist in unserm Memorandum vom 29. August niedergelegt, das ich dem französischen Botschafter in Berlin übergeben habe. Inzwischen wird in der Welt der Versuch gemacht, uns anzuschwärzen. In Amerika werden aus französischen Kanälen Enthüllungen über unsre angeblichen Geheimrüstungen veröffentlicht. Man sagte, diese stammten aus dem früher schon von Tardieu, neuerdings von Herriot erwähnten Dossier, mit dem man uns bange zu machen versucht. Es soll sich um ein dickes Buch handeln, wie Herriot sagt, aber es hat es noch niemand gesehen. Es kann aber

mit keinerlei Verdächtigungen die Tatsache der bereits erfolgten deutschen Abrüstung in Abrede gestellt werden.

Auch nicht mit irgendwelchen Verfehlungen gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages kann die Tatsache verdeckt werden, daß die allgemeine Abrüstungskonferenz nach sechsmonatigen Verhandlungen ohne positive Ergebnisse auseinandergegangen ist. Mit nichts kann die einseitige deutsche Entwaffnung und die Ueberrüstung der andern Staaten wegdisputiert werden, ebenso die Verpflichtung der andern abzurüsten.

Wer mit angeblichen Verfehlungen Deutschlands gegen die Bestimmungen von Versailles operiert, der vergiftet nur die Atmosphäre.

Unsre Haltung in der Gleichberechtigungsfrage kann durch solche Maßnahmen in keiner Weise beeinflußt werden. Wir verlangen im Rahmen der Abmachungen über die allgemeine Abrüstung, die die Abrüstungskonferenz treffen soll, die gleiche Freiheit der Wehrfrage, wie die andern Staaten. Mit der einseitigen Diskriminierung Deutschlands muß es ein Ende haben. Und keine deutsche Regierung wird auf das Lebensrecht der deutschen Nation, auf die Landesverteidigung und die Sicherheit verzichten können. Sie werden wissen wollen,

wie die Dinge jetzt weitergehen sollen.

Unser Standpunkt ist den andern Mächten bekannt. Wir werden uns an den Verhandlungen der allgemeinen Abrüstungskonferenz so lange nicht beteiligen, bis wir die notwendigen Sicherheiten dafür haben, daß unsre Gleichberechtigung von keiner Seite mehr in Zweifel gezogen wird. Es muß völlige Klarheit darüber bestehen, daß die allgemeine Abrüstungskonvention für uns ebenso gilt, wie für die andern Staaten, und uns künftig keine diskriminierenden Ausnahmebestimmungen mehr zugemutet werden.

Wir warten nunmehr ab, ob von andrer Seite unsern Wünschen in nennenswerter Weise entgegengekommen wird.

Wir sind jederzeit bereit, darüber zu sprechen, auch über unsre Einzelwünsche zu sprechen, aber die Voraussetzung ist die Anerkennung der Gleichberechtigung und die Aufhebung der Diskriminierungen."

*

Das Memorandum Hendersons

Telegramm unsres nach Genf entsandten Sonderkorrespondenten

ll. **Genf**, 30. September

Aus französischen Kreisen kommt heute die Mitteilung, daß Henderson vor seiner Abreise nach England dem Reichsaußenminister v. Neurath ein Memorandum übergeben habe, dessen Prüfung durch die Reichsregierung stattfinden soll. Die Hauptpunkte des Memorandums, das auch die Zustimmung Sir John Simons und vermutlich die stillschweigende Billigung Herriots gefunden haben soll, sind folgende:

1. Es gibt keine Wiederaufrüstung. Teil V des Versailler Vertrages müßte nach einer entsprechenden Revision und Verbesserung in den künftigen Abrüstungsplan aufgenommen werden.

2. Die am stärksten gerüsteten Nationen müssen ihre Streitmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft „substantiell und proportional" herabsetzen.

3. Nach Annahme dieser beiden Punkte und deren Einfügung in den vorbereitenden Abrüstungsplan liegt keine Differenz über die Frage der Gleichberechtigung mehr vor.

Von den Franzosen wird behauptet, daß zwischen den Delegationen ein Meinungsaustausch über dieses Memorandum stattfinde. Bis zur Rückkehr Hendersons soll die Entscheidung fallen, ob man die Hauptkommission der Abrüstungskonferenz für Ende November einberufen könne oder nicht.

Macdonald revidiert seinen Standpunkt

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. **London**, 30. September

Der heutige Kabinettsrat dürfte sich u. a. mit der Frage der englischen Stellungnahme zu der deutschen Gleichberechtigungsforderung befassen. Das englische Memorandum der vergangenen Woche war bekanntlich eine Privatarbeit des Außenministers Sir John Simon unter Mitarbeit Macdonalds. Das Kabinett hat bisher noch keine Gelegenheit gehabt, sich dazu zu äußern. Es ist bekannt,

daß Simons unhöfliche und sachlich unbefriedigende Note keineswegs von allen Ministern gebilligt wird.

Die allgemeine Ablehnung, die das Dokument in der Presse gefunden hat, ist ein weiterer Grund zur Ueberprüfung der englischen Haltung. Schließlich sind auch Macdonald und Simon ehrlich überrascht gewesen über die milde gesagt schlechte Aufnahme, die die Simon-Note in Deutschland gefunden hat. Zweifellos wird Macdonald, sobald er Zeit hat, sich mit der Frage beschäftigen,

einen Ausgangspunkt für einen „neuen Start" in der Frage der deutschen Wehrhoheit zu suchen.

Die Rückkehr Deutschlands zum Genfer Konferenztisch liegt ihm ernstlich am Herzen. Und die Vermutung liegt nahe, daß er auf dem Umwege über das Gesamtkabinett versuchen wird, über die juristischen Haarspaltereien Simons und der diplomatischen Beamten hinauszukommen.

In welcher Richtung dies geschehen könnte, deutet heute der mit Macdonald eng befreundete Leitartikler der „Times" an.

Die Abrüstungskonferenz, so schreibt das Blatt, drohe völlig zusammenzubrechen, wenn nicht unverzüglich das Problem der deutschen Gleichberechtigung gelöst werde. Es wendet sich dann scharf gegen die französischen Vorwürfe, in denen Deutschland geheime Rüstungen nachgesagt werden. Es sei gar kein Zweifel, daß die französischen Befürchtungen übertrieben seien. In dem berühmten französischen Aktenstück über die angeblichen Geheimrüstungen Deutschlands befände sich keinerlei Beweis für Verletzungen des Teils V des Versailler Vertrages. Beispielsweise sei es nicht angängig, die Polizeimacht von 140 000 Mann als erste Reservelinie zu betrachten, wie die französische Regierung dies tue. Damit nehme man an, daß ein Land im Kriegsfalle von jeder Polizei entblößt werden könne. Ueberdies habe jedes andre Land eine Polizeimacht von ähnlicher Stärke, die man dann ebenfalls als zusätzliche Reserve rechnen müßte. Aber ganz abgesehen von den Ziffern der deutschen Wehrmacht, sei es doch ganz klar,

daß die Reichswehr zur Zeit völlig der Kriegswaffen entbehre, die allein eine moderne Armee angriffsfähig machen.

Die Abrüstungskonferenz habe das Ziel, die Streitmacht der Völker auf reine Verteidigungstruppen herabzubringen, die nur die normalen Verteidigungswaffen hätten, in Zahl und Ausrüstung beschränkt seien und durch eine internationale Kommission inspiziert werden könnten. Es liege absolut kein Beweis vor, daß Deutschland etwas getan habe, was diesem Plan entgegenstehe. In England, so fahren die „Times" fort, sei jedenfalls die öffentliche Meinung der Ansicht, daß

die Zeit vorüber sei, in der man ein großes Land in dauernder Inferiorität halten könne.

Einige Zugeständnisse auf dem Wege der Gleichberechtigung müßten Deutschland, ganz abgesehen von der Abrüstung andrer Länder, gemacht werden. Man könne sich dafür auch auf den Versailler Vertrag selbst berufen, der zweifellos eine Modifizierung der deutschen Abrüstung nach dem Eintritt in den Völkerbund vorgesehen habe. Die „Times" schließen ihre Darlegungen mit folgenden Worten:

„Der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung im Status ist also im wesentlichen berechtigt.

Es ist eine dringende Aufgabe, zu entscheiden, wie weit man diesem Anspruch entgegenkommen kann, ohne die Abrüstung zu gefährden." Die englische Regierung habe die Aufgabe, jetzt die Führung zu ergreifen und Frankreich klarzumachen, daß jetzt nur noch die Wahl bestehe zwischen einer Politik, die Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückbringt und einem internationalen Wettrüsten.

Anhalt gegen Hindenburg-Feier

B. **Berlin**, 30. September. (Eig. Drahtbericht)

Der nationalsozialistische Ministerpräsident von Anhalt, Freyberg, hat am Donnerstag amtlich mitteilen lassen, daß seine Regierung der Anregung des Reichsinnenministers, am 2. Oktober, dem 85. Geburtstag des Reichspräsidenten v. Hindenburg, die Dienstgebäude zu beflaggen und die Schulen am 1. oder 3. Oktober ausfallen zu lassen, nicht nachkommen könne. Die Begründung, gleichfalls eine amtliche Mitteilung, klingt fast noch grotesker als der Beschluß selbst. Es heißt in ihr wörtlich:

„Der Vorschlag des Staatsministers Dr. Knorr, am 2. Oktober entsprechend der Anregung des Reichsministers des Innern und dem Vorgehen Preußens des Geburtstages des Reichspräsidenten zu gedenken, hat sich nicht verwirklichen lassen, weil über diese Frage eine Uebereinstimmung im Staatsministerium nicht erzielt werden konnte."

Dr. Knorr, der zweite Minister in Anhalt, gehört der Deutschnationalen Volkspartei an. Dieser Vorfall hat

in allen politischen Kreisen großes Aufsehen erregt.

Leider besitzt das Reich keinerlei Handhabe, gegen den renitenten Ministerpräsidenten etwas zu unternehmen. Die Anregungen zu gemeinsamen Beflaggungen und Schulfeiern, die in solchen Fällen vom Reichsinnenminister ausgehen, sind eben nur Anregungen und bedeuten keine rechtliche Verpflichtung für die Länder. Soweit uns bekannt ist,

beabsichtigt die Reichsregierung auch nicht, auf anderm Wege noch einmal auf die anhaltische Regierung einzuwirken.

Ein solcher Versuch würde beiläufig auch die Zustimmung des Reichspräsidenten nicht erhalten. Man hat hier noch eine gewisse Hoffnung, daß der einmütige moralische Druck der öffentlichen Meinung, und vor allem die Ueberlegung Herrn Freybergs noch in letzter Minute zum Einlenken bestimmen könnten, da sein Vorgehen den Nationalsozialisten bei den kommenden Reichstagswahlen kaum dienlich sein wird.

Allgemeine Empörung hat die Entscheidung Freybergs vor allem in Anhalt selbst hervorgerufen.

Der größte Teil der Bevölkerung beabsichtigt, mit einer besonderen Kundgebung für den Reichspräsidenten am Tage seines 85. Geburtstages das ungehörige Verhalten des Ministerpräsidenten wieder wettzumachen. Die Stadt Dessau hatte bereits vor dem Zwischenfall den Reichsinnenminister v. Gayl gebeten, bei der Geburtstagsfeier die Festrede zu halten. Herr v. Gayl hatte jedoch auch noch vor der Weigerung Freybergs absagen müssen. Unter den neuen Umständen käme natürlich eine Beteiligung der Reichsregierung an den Hindenburgfeiern im Lande Anhalt ohnehin nicht mehr in Frage.

Kein Erlaß eines Burgfriedens

B. **Berlin**, 30. September. (Eig. Drahtbericht)

Einige Blätter haben gemeldet, daß die preußische Regierung über die Verkündung eines Burgfriedens berate, der bis etwa eine Woche vor der Wahl ausgedehnt werden soll. Auch dem Reiche würde ein solcher Vorschlag unterbreitet werden. Soweit wir feststellen konnten, entbehren diese Mitteilungen einer tatsächlichen Grundlage. Weder beabsichtigt das preußische Staatsministerium von sich aus einen Burgfrieden zu dekretieren, noch hat es einen dahingehenden Antrag an die Reichsregierung weitergeleitet.

Nach den Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe hält man an den preußischen amtlichen Stellen zur Zeit ein Eingreifen nicht für geboten. Man ist viel-

SLUB
Wir führen Wissen.